Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 21. November 1878. Nr. 546.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 20. November.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Am Ministertische: Dr. Leonhardt.

Es sind wieder mehrere kleinere Gesetzentwürfe eingegangen, wovon dem Hause Mittheilung gemacht wird.

Seit der letzten Session sind ausgeschieden durch den Tod: v. Holleben, Dr. Lehr, v. Tschirski, Graf Werther, v. d. Osten, Graf Rantzau, v. Gersdorff, Dr. Bauerbant, v. Witzleben, v. Frankenberg-Ludwigsdorff, v. Borck.

Der Präsident widmet den Verstorbenen warme Worte der Anerkennung und die Mitglieder des Hauses ehren das Andenken dieser Herren durch Erheben von den Sitzen.

Ausgeschieden sind ferner durch Verlust der Mitgliedschaft: Dr. Taßmann und v. Forckenbeck.

Der Präsident beruft noch die Herren Schumann und Tilzer zu Quästoren des Hauses, dann tritt das Haus in die Tagesordnung.

I. Vereidigung neuer Mitglieder: Die Herren v. Oldenburg und Fürst Wied werden in herkömmlicher Weise vereidigt.

II. Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung mehrerer Vorlagen. Die Gesetzentwürfe, betreffend die Verpfändung von Kauffahrteischiffen, über die Aenderung des Grundbuchwesens im Bezirke des Hüttenwerks Ehrenbreitstein und Schleswig-Holstein, über die Rhein- und Elbschifffahrtsgerichte, der Entwurf einer Schiedsmannsordnung, die Gesetze über den Kompetenzkonflikt, über die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amtshandlungen, über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst gehen an die Justizkommission; die Gesetzentwürfe, betreffend die Art. 86 und 87 der Verfassung und wegen anderweitiger Fassung des § 41 des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz werden zur ersten Berathung bezw. Schlußberathung im Hause gestellt und vom Präsidenten auf die morgen anstehende Plenarsitzung gesetzt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr.
Schluß 1½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 20. November.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Hobrecht, Geh. Oberfinanzrath Scholz.

Der Präsident macht Mittheilung von dem inzwischen erfolgten Ableben des Abg. Henze. Die Mitglieder des Hauses ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

An Regierungs-Vorlagen sind eingegangen: eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Etatsjahres 1877—78 und eine Nachweisung des Konsolidationsgesetzes.

Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und Schriftführer.

Abg. Windthorst-Meppen beantragt zur Abkürzung der Geschäfte die Wiederwahl des bisherigen Präsidiums und der Schriftführer.

Das Haus genehmigt ohne Widerspruch den eben gemachten Vorschlag, womit die Tagesordnung erledigt ist.

Der Präsident beruft zu Quästoren die Abgg. Gäbler und von Liebermann, und richtet, nachdem somit das Bureau konstituirt ist, an das Haus die Bitte, den Vorstand zu ermächtigen, Seiner Majestät dem Könige im Namen des Hauses der Abgeordneten die jedenfalls Allen bewegenden lebhaften Gefühle des Schmerzes, der Dankbarkeit und der Theilnahme in geeigneter Weise zum Ausdruck zu bringen.

Die erbetene Ermächtigung ward dem Gesammtvorstand ertheilt.

Es erhält nunmehr das Wort Finanzminister Hobrecht: Da es wünschenswerth ist, daß das hohe Haus sobald als möglich in die wichtigste Berathung der Session eintritt, so gestatte ich mir, dem Hause schon heute den Entwurf des Etats für das nächste Jahr und den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ergänzung der Einnahmen vorzulegen. Der Ernst der ganzen Vorlage und der Umstand, daß ich heute zum ersten Male die Ehre habe, vor Ihnen zu sprechen, entschuldigt es, wenn ich einige weitere Bemerkungen daran knüpfe. Es ist schon in der Thronrede darauf hingewiesen, daß das abgeschlossene Wirthschaftsjahr 1877—78 mit einem Ueberschusse abgeschlossen hat. Der Etat für das Jahr 1877—78 balancirte in Einnahme und Ausgabe mit 657,500,000 Mark rot., in Wirklichkeit sind die Einnahmen um 7,400,000 Mark gegen den Etat zurückgeblieben; es sind dagegen an den Ausgaben Ersparnisse von 12,600,000 Mark mit Einschluß von 200,000 Mark Restbestand gemacht worden, so daß ein Ueberschuß von 5,400,000 Mark verbleibt. Was die wirklichen Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres betrifft, so haben die Betriebs-Verwaltungen im Ganzen einen Minderertrag ergeben. Mehreinnahmen sind zu verzeichnen bei den Domänen mit 460,000 Mark, bei den direkten Steuern mit 2,444,000 Mark, darunter 1,700,000 Mark aus der Haus- und Gebäudesteuer; bei den Eisenbahnen 3,600,000 Mark. Mindereinnahmen haben sich herausgestellt vor Allem bei der Forstverwaltung, theils wegen erhöhter Ausgaben, theils und namentlich wegen geringeren Erlöses bei den Holzverkäufen im Ganzen mit über 5 Millionen Mark, dazu eine Mindereinnahme aus den Erträgen und Ablösungen von Forstgrundstücken mit 1,270,000 Mark, bei der Bergwerks-Verwaltung mit 790,000 Mark; bei den indirekten Steuern über eine Million, vorzugsweise aus den Minderertrẽgen bei der Stempelsteuer. Dagegen sind Ersparnisse gemacht im Betrage von 4,600,000 Mark, so daß sich hiernach bei dem Ordinarium noch ein Ueberschuß von 2½ Millionen herausstellt. Bei den einmaligen Ausgaben sind ferner erspart 2,700,000 Mark, denen noch einige kleine Einnahmen aus den laufenden Restverwaltungen hinzutreten, so daß sich überhaupt ein Ueberschuß von 5,400,000 Mark ergiebt. Dieser Ueberschuß kommt leider dem Haushaltsetat für das nächste Jahr nicht zu Gute, denn der Reichshaushaltsetat hat eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um 5,119,375 Mark gebracht; es wird dadurch der Ueberschuß des vergangenen Jahres bis auf einen sehr unerheblichen Rest in Anspruch genommen. Es ist Ihnen bereits ein Nachtragsetat wegen Deckung der erhöhten Matrikularbeiträge des vergangenen Jahres zugegangen. In dem Etat des laufenden Jahres kommt dann auch ein Ueberschuß aus dem Vorjahre von 16,446,000 Mark; eingestellt werden außerdem aus der letzten Zahlung der französischen Kriegskontribution 16⅓ Millionen Mark. Von dieser außerordentlichen Einnahme hat bereits der Betrag von 2,437,000 Mark zur vollständigen Deckung des Ordinariums verwendet werden müssen, so daß noch immer ein Ueberschuß von 30 Millionen Mark verbleibt. Eine Anleihe ist, wie Ihnen bekannt, im Betrage von 52 Millionen aufgenommen worden. Nun war vorauszusehen, daß die Aufstellung des Etats für das nächste Jahr mit bedeutend größeren Schwierigkeiten als jetzt verknüpft sein wird. Die außerordentlichen Einnahmen fehlen fast vollständig, dagegen stehen bestimmte Mehrausgaben bevor. Zunächst die erhöhten Matrikularbeiträge von 5,119,000 Mark, sodann zur Verzinsung von Staatsschulden mehr 6,950,000 Mark. Ersparnisse haben sich nicht durchführen lassen; bei einigen Verwaltungen haben sogar Mehrausgaben in Aussicht genommen werden müssen. Es stellen sich die Gesammteinnahmen auf 642,575,308 Mark, die Gesammtausgaben auf 652,641,616 Mark, so daß 10,056,308 Mark beim Ordinarium ungedeckt bleiben. (Hört! Hört! im Centrum.) Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben ist dem Bestreben, einige Einschränkungen eintreten zu lassen, eine feste Grenze gezogen. Zunächst kann es ja nicht zweifelhaft sein, daß diejenigen Unternehmungen, für welche bereits die ersten Raten bewilligt worden sind, fortgesetzt und durchgeführt werden müssen. Zu diesen Fortsetzungen wird ein Betrag von 48½ Millionen Mark in Anspruch genommen. Darüber hinaus seien nur solche einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf den Etat gesetzt, die entweder auf einer Verpflichtung beruhen, oder deren Verausgabung unabweisbar nothwendig ist. Im Ganzen stellen sich diese auf 63,683,6[illegible] Mark. Der Minister erläutert nunmehr kurz die Veränderungen in den Ressorts der Ministerien für die Finanzen, für Landwirthschaft und Handel und bemerkt, daß, soweit eine gesetzliche Feststellung derselben nothwendig ist, dem Landtage eine besondere Vorlage darüber zugehen werde. Im Uebrigen gebe der Etat über diese Veränderungen den nöthigen Aufschluß, die auf das geringste Maß beschränkt bleiben werde. Der Minister fährt dann fort: Im Einzelnen habe ich noch anzuführen, daß bei der Forst- und Bergwerks-Verwaltung, sowie bei den indirekten Steuern Mindereinnahmen in Aussicht zu nehmen sind. Es sind diese veranschlagt bei der Forstverwaltung auf 4,690,000 Mark, bei der Bergwerksverwaltung auf 1,496,000 Mark, bei den indirekten Steuern auf 824,000 Mark. Mehreinnahmen werden erwartet bei der Eisenbahn-Verwaltung im Betrage von 3,378 874 Mark, bei der Domänen-Verwaltung 806,000 Mark, bei den direkten Steuern 2,987,000 Mark. Letztere werden wesentlich in Anschlag gebracht von der erhöhten Gebäudesteuer. Es rührt dies daher, daß im nächsten Etat auch bereits die Zugänge des laufenden Jahres in Ansatz gebracht sind; sodann daß die Ergebnisse der gegenwärtigen Gebäudesteuer-Revision bereits für das letzte Quartal in Anwendung gebracht worden sind. Die Ergebnisse der Gebäudesteuer-Revision werden voraussichtlich günstiger sein, als man bisher angenommen hat. (Heiterkeit) Ich kann die Posten augenblicklich nicht genau angeben, hoffe aber nach drei Wochen in der Lage zu sein, sie genau angeben zu können. Es sind außerdem Mehreinnahmen zu erwarten aus der Verwaltung des ehemaligen Staatsschatzes im Betrage von 2,854,000 Mark und in der Justizverwaltung von 995,000 Mark. Was die Mehrausgaben betrifft, so habe ich die hauptsächlichsten schon genannt. Im Uebrigen ist nur erwähnenswerth die Mehrausgabe bei der Verwaltung des Innern im Betrage von 2,360,000 Mark, wovon indeß 300,000 Mark vom Reiche ersetzt werden, da sie zur Abwehr der Rinderpest dienen. Es sind diese Ausgaben hauptsächlich bewirkt durch die unter den gegenwärtigen Verhältnissen unabweislich gewordene Erhöhung der Polizei, namentlich in der Reichshauptstadt. Das Extraordinarium bleibt bereits um 8 Millionen hinter dem Etat des laufenden Jahres zurück. Die Gesammt-Ausgaben belaufen sich auf 717,225,308 Mark, es bleibt im Ganzen ein Betrag von 73,750,000 Mark zu decken. Es fragt sich nun, ob dieses Defizit ein dauerndes sein wird, oder ob es lediglich aus der Ungunst der Zeitverhältnisse resultirt. Ich bin der Meinung, daß für die nächsten Jahre eine Steigerung der Einnahmen zu erwarten ist. Große Schwankungen haben nur bei der Bergwerks-Verwaltung stattgefunden, und zwar von 15 auf 53 Millionen aufwärts und zurück. In den letzten 10 Jahren sind zusammen 35 Millionen an jährlichen Ausfällen dadurch eingetreten, daß verschiedene Abgaben erlassen wurden. Die schon damals angedeuteten Schwierigkeiten treten nunmehr in Folge jener Nachlässe in verdoppeltem Maße hervor. Eine Steuerreform bleibt daher unbedingt erforderlich. Eine Anspannung der direkten Steuern gewährt aber keine Abhilfe, selbst in den Gemeinden muß der Weg der indirekten Besteuerung betreten werden. Wir erwarten die Reform von den Reichs-Behörden, deren Entschließungen aber für den vorliegenden Etat nicht mehr maßgebend sein können. Zur Deckung des Defizits für 1879—80 giebt es daher nur ein Mittel: die Anleihe. Eine dahin gehende Vorlage wird Ihnen sofort in der erforderlichen Zahl von Exemplaren zugehen. Sie werden also in der Lage sein, in die Berathung alsbald einzutreten. (Schwaches Bravo rechts.)

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.
Tagesordnung: Justizgesetze.
Schluß 12½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 20. November. Die bereits angekündigte Schrift des Abgeordneten Professor Dr. Gneist „Gesetz und Budget" ist heute von dem J. Springer'schen Verlag dahier ausgegeben worden. Das Buch greift mitten in das parlamentarische Leben des Augenblicks hinein, es ergreift die hauptsächlichste konstitutionelle Streitfrage des Tages, die es in jeder Weise vertieft. Wir müssen selbstverständlich zunächst mit dem Urtheil über die Ergebnisse zurückhalten, zu welchen der leitende Schriftsteller auf dem Gebiete preußischen Verwaltungsrechts gelangt; das um so mehr, je reicher an Konsequenzen die Aufstellungen des Herrn Dr. Gneist sich erweisen und je weniger ohne die genaueste Kontrole sich feststellen läßt, wohin sie führen. Die Schrift knüpft an die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Veränderungen in den Ressorts der Minister zu Anfang März 1878 an; ein Gegenstand, der, nachdem er damals nicht zur Erledigung gekommen bekanntlich die nächsten Wochen von Neuem die parlamentarischen Verhandlungen erfüllen wird. Herr Dr. Gneist stellt eine Art Syllabus errorum, ein Verzeichniß der aufgetretenen Fehlsichten an die Spitze seiner Ausführungen.

Die juristisch nicht haltbaren Rechtsvorstellungen, welche die ganze Verhandlung durchdringen, sind folgende:

1) es ist nicht richtig, daß die Verfassung des Staatsministeriums in Preußen eine gesetzlich organisirte, und daß ein solches Organisationsgesetz überhaupt möglich und rathsam wäre;

2) nicht richtig, daß bei einer Veränderung in den Ressorts der Ministerien die einzelnen Verwaltungsgesetze, in welchen einem Ministerdepartement bestimmte Befugnisse beigelegt werden, geändert werden müßten;

3) nicht richtig, daß das Abgeordnetenhaus vermöge seines Budgetrechts Minister-Gehalte nach freiem Ermessen ohne Rücksicht auf Artikel 45 der Verfassungs-Urkunde zu bewilligen oder zu versagen hätte;

4) nicht richtig, daß bei einer Neubildung des Ministerraths das Parlament berechtigt wäre, prozeßhindernde Einreden derart zu erheben, wie sie in diesen Verhandlungen erhoben worden sind."

Diese Punkte werden dann in einzelnen Abschnitten entwickelt; auf die Prüfung der Ausführungen werden wir zurückkommen. Ueber die innere Gestaltung unseres Parlamentarismus macht der Verfasser folgende Betrachtung:

Das politische Denken unserer Zeit kommt selten zu einer Sammlung. Die Bruchstücke parlamentarischer Verhandlungen, welche die Zeitungen überhaupt mittheilen, sind nach wenigen Tagen durch neue Bruchstücke anderer Staatsaktionen weggeschwemmt. Erscheint aber eine Parlamentsverhandlung einmal, wie vorstehend, in ihrem wirklichen Zusammenhange, so drängen sich doch wohl einige allgemeine Betrachtungen unabweisbar auf.

Eine Geschäftsbehandlung, welche alle Initiative der Staatsregierung aufhebt, den Schwerpunkt der Diskussion in vertrauliche Vorstands- und Fraktionsbeschlüsse und weiter zurück in die Presse legt, welche an die Stelle der Verhandlung überall Winkelbeschlüsse setzt und die öffentliche Diskussion zwischen Staatsregierung und Parlament zu einer bloßen Schauvorstellung für Presse und auswärtige Besucher macht, kann nicht der Bestimmung einer Volksvertretung entsprechen und dem „Parlamentarismus" in Deutschland schwerlich Ansehen und Vertrauen erwerben.

Eine sachliche Behandlung aber, in welcher unter so viel kleinen Gesichtspunkten die wirkliche Sache verloren geht, mag deutschen Grundneigungen entsprechen, wir sollten uns aber aufrichtig bemühen, dem Ernst der Staatsgeschäfte auch Lieblingsgewohnheiten zum Opfer zu bringen.

Mit nicht minderer Schärfe urtheilt Herr Gneist über die parlamentarische Berichterstattung der Presse und über deren Gestaltung selbst:

Es ist leider wahr, daß solche Berichterstattung den Wünschen des großen Publikums entspricht. Dem Deutschen stehen seine besonderen Interessen, lokale, gewerbliche, Berufsinteressen — andererseits die auswärtigen Dinge — noch immer so nahe, sein staatliches Gemeinwesen mit allen großen Fragen so fern, daß kaum eine Nation ein so geringes Interesse an einer ernsten politischen Zeitung hat, und keine andere Nation wohl einen solchen Maßstab des Interessanten und Uninteressanten anlegt, wie die unsrige. Wenn man bei der Elite unserer Gesellschaft, bei Männern von patriotischer Gesinnung und Einsicht Revue halten wollte, welche Zeitungen sie halten: man würde erstaunen, welche Blätter bevorzugt werden, schlimmstenfalls mit der Entschuldigung, daß die für den Standpunkt des Hausherrn passenden Blätter gar zu trocken, zu uninteressant namentlich für die Familie seien. Das Skandalöse, das Triviale und das Anekdotenhafte hat den entschiedenen Vorzug hier, wie im Theater und in der Kunst.

Die mangelhafte innere Durcharbeitung unseres Staatsrechtes, die Flüchtigkeit der parlamentarischen Verhandlungen, die Verschiebung des Schwerpunktes der parlamentarischen Entscheidung, das Heruntersinken des Zeitungswesens von politischer Publizistik zu dem Verkauf von Neuigkeiten und Trivialitäten — diese Punkte stellt die Schrift des Herrn Gneist zur öffentlichen Diskussion und wir

hoffen, daß sie eine eingehende und der gebotenen reichhaltigen Anregung entsprechende sein wird. Das Bild unserer inneren Lage bleibt aber so lange doch unvollständig, als nicht auch die scharfe Sonde der Kritik an den Grad der Mitverantwortlichkeit der Regierung und des leitenden Staatsmannes gegenüber der Gestaltung unseres Parlamentarismus und Parteiwesens gelegt wird. Auch bittere Wahrheiten werden leichter ertragen, wenn ihr erhellender Schein gleichmäßig nach allen Seiten fällt.

— Die „Prov.-Corr." schließt eine Uebersicht der Stellung der Mächte zu der Durchführung des Berliner Friedens mit folgenden beruhigenden Worten: „So ist denn in diesem Augenblicke die Hoffnung neu befestigt, daß die Durchführung des Berliner Friedenswerkes trotz aller Schwierigkeiten sicher vorschreiten werde."

— Der „Pall-Mall-Gazette" wird aus Kopenhagen telegraphirt, der Herzog von Cumberland habe beschlossen, seine Ansprüche auf die Krone von Hannover nicht aufzugeben. Alle gegentheiligen Gerüchte entbehrten der Richtigkeit.

— Dem Magistrat ist nunmehr durch den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, mitgetheilt worden, daß die Rückkehr des Kaisers definitiv auf den 5. Dezember festgesetzt worden ist. Se. Majestät wird um 9 Uhr Vormittags auf dem Potsdamer Bahnhof eintreffen und sich von dort durch die Königgrätzer Straße, das Brandenburger Thor und die Mitte der Linden-Promenade nach seinem Palais begeben. Mit Rücksicht auf diese Bestimmungen, welche bereits in der letzten Sitzung des Komitee's für die Feier der Rückkehr des Kaisers nach Berlin in Aussicht standen, wird nunmehr die Ausschmückung der Straßen stattfinden.

— Die Durchführung des Berliner Friedens-Vertrages ist, wie die „Prov.-Korr." konstatirt, in den letzten Wochen Gegenstand bedeutsamer Kundgebungen von mehreren leitenden Stellen der europäischen Politik gewesen. Das Blatt führt als solche Kundgebungen zunächst die Rede Lord Beaconsfield's beim Lordmayors-Diners am 9. d. M. und die Ansprache des Kaisers von Oesterreich an die Delegationen am 10. an. Dann fährt die „Prov.-Korr." fort:

Auch die russische Regierung hat zu derselben Zeit in wiederholten Erklärungen des auswärtigen Amtes die Versicherung ertheilt, daß es der Wunsch des Kaisers Alexander sei, die Bestimmungen des Berliner Vertrages in jeder Beziehung zu beachten, damit durch eine getreuliche Ausführung desselben die Pazifizirung herbeigeführt werde, die ihm sehr am Herzen liege. Kein Beamter des Kaisers werde in dieser Hinsicht seine Pflichten verletzen. — — —

Die strikte Ausführung des Berliner Vertrages (heißt es in einer weiteren Erklärung) bilde die Grundlage der gegenwärtigen Politik Rußlands.

Frankreich hat neuerdings seinen Einfluß auf die Pforte im Sinne der ernsten Durchführung des Berliner Vertrages überhaupt und namentlich in Betreff der Berichtigung der Grenzen Griechenlands geltend gemacht. In letzterer Beziehung hat die französische Regierung in Verfolg der Aufgabe, welche sie sich auf dem Kongreß selbst gestellt hatte, die übrigen Regierungen zur Unterstützung ihrer Bestrebungen zu Gunsten Griechenlands aufgefordert und auf allen Seiten Geneigtheit gefunden, zur Erreichung der in dem Berliner Vertrage bezeichneten Ziele auch in dieser Beziehung mitzuwirken.

So ist denn in diesem Augenblicke die Hoffnung neu befestigt, daß die Durchführung des Berliner Friedenswerkes trotz aller Schwierigkeiten sicher vorschreiten werde.

— Unter dem 12 November hat der Reichskanzler dem Bundesrath die Einsetzung einer Kommission empfohlen, welche unter Benutzung des vorhandenen, sowie desjenigen Materials, welches durch die Enqueten zu erwarten ist, die Revision des Zolltarifs vorzubereiten und die erforderlichen Anträge bei dem Bundesrathe zu stellen hätte. Die entsprechende Beschlußnahme wird dem Bundesrath anheimgestellt. Aus den Motiven ist hervorzuheben der Hinweis auf die Vermehrung der Reichseinnahmen, welche durch die finanzielle Lage des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten geboten erscheint. Bei den im vorigen Sommer zu Heidelberg gepflogenen vertraulichen Besprechungen über die im Reich vorzunehmende Steuerreform ist, wie die Motive mittheilen, die Ueberzeugung einmüthig zum Ausdruck gelangt, daß das System der indirekten Besteuerung weiter auszubilden sei, und über die vorzugsweise ins Auge zu fassenden Finanzartikel ist ein allseitiges Einverständniß erzielt worden. Ferner weisen die Motive auf die Lage der deutschen Industrie hin, sowie auf das in den großen Nachbarstaaten und in Amerika zu Tage tretende Bestreben nach Erhöhung des Schutzes der einheimischen Industrien. Es wird gesagt, die Frage erfordere eine eingehende Untersuchung, ob nicht auch den vaterländischen Erzeugnissen in erhöhtem Maße die Versorgung des deuschen Marktes vorzubehalten und zugleich das Verhandlungsmaterial herbeizuschaffen sei, um später zu versuchen, ob sich im Wege neuer Verträge die Schranken beseitigen lassen, welche unsere Exportinteressen schädigen. Von den Ergebnissen der im Gange befindlichen Enqueten wird gesagt, daß sie nützliche Grundlagen zu liefern versprechen für die Frage einer Erhöhung oder Wiedereinführung von Zöllen auf die Erzeugnisse der gleichartigen Industrien des Auslandes. Es wird ferner bemerkt, daß bereits Vorarbeiten gefertigt sind über weitere Aenderungen des autonomen Zolltarifs, welche theils eine korrekte Fassung, theils die Beseitigung der Mißverhältnisse zwischen einzelnen Zollsätzen betreffen, zum Theil Erhöhung des Schutzes einzelner Industriezweige gegenüber der Konkurrenz des Auslandes. Es wird ausdrücklich hinzugefügt, daß die Einführung höherer Eingangszölle auf fremde Erzeugnisse nicht ausgeschlossen sei. Außerdem werden technische Gründe, zum Beispiel die Frage der Ersetzung des Zentners als Gewichtseinheit, die Frage der verbesserten Gruppirung der Tarifpositionen als Gründe für die Revision des Zolltarifs angeführt.

Ausland.

Wien, 19. November. Meldungen der „Polit. Korresp.":

Aus Konstantinopel, 19. d.: Der Ministerrath hat die Grundlagen für ein eventuelles Abkommen mit Griechenland festgesetzt. Hiernach gewährt die Pforte an Griechenland, falls dasselbe von der im Berliner Vertrage festgesetzten Grenzlinie absieht, eine ausgiebige Gebietsentschädigung in Thessalien. Die Ernennung der türkischen Delegirten zu den Verhandlungen mit Griechenland wird erwartet. — Zwischen türkischen Truppen und den bulgarischen Insurgenten hat bei Djuma ein Gefecht stattgefunden, wobei erstere viele Gefangene machten.

London, 18. November. Das wahre Ziel der Regierung bei der von Lord Beaconsfield proklamirten „wissenschaftlichen" Berichtigung der afghanischen Grenze ist, wie die „Morning Post" erfährt, die dauernde Besetzung von Quetta und Jellalabad mit Anstellung britischer Residenten in Kabul, Kandahar und Herat. „Die beiden ersten Positionen mit ihren Militärstraßen würden, schreibt das genannte Blatt, uns in den Stand setzen, in jedem Augenblicke entsprechende Streitkräfte nach jedem bedrohten Punkte zu senden, während unsere Agenten in den genannten Städten zeitig Warnung geben würden von jeder nahenden Gefahr. Unsere jetzige Grenze kann bleiben wo sie ist, denn wenn sie die Suleiman-Kette einschließen würde, so würden wir damit in ein ungastliches Land vorrücken und hinter uns eine furchtbare Gebirgskette haben, besetzt von einigen hunderttausend Bergbewohnern von zweifelhafter Loyalität. Daher wird die Induslinie mit vorgeschobenen Posten in Quetta und Jellalabad das Bündniß mit dem Emir von Afghanistan sichern und wahrscheinlich sich zur Beschützung unseres „indischen Reiches als völlig hinreichend erweisen."

Sehr beunruhigende Nachrichten sind im Kolonialamte hinsichtlich der Haltung der Zuukaffern in Südafrika eingelaufen. Es soll ein neuer Aufstand in Aussicht stehen. Die aufrührerischen Stämme haben bedeutende Streitkräfte unter der Führerschaft Cetewayos zusammengebracht, und dieser hat es erreicht, daß sämmtliche Stämme ihn als Oberherrn anerkennen. Vor zwei Monaten bereits hatte General Thesiger (jetzt Lord Chelmsford), der Oberbefehlshaber, an die heimische Regierung die Aufforderung gerichtet, ihm weitere Verstärkungen an regulären Truppen zu schicken. Das Ansuchen wurde jedoch ablehnend beschieden, weil die Regierung die Stärke der in der Heimath befindlichen Truppen nicht beeinträchtigen wollte. Der Grund dieser Weigerung war die Besorgniß möglicher Verwickelungen im Oriente. Der General hat jetzt sein Verlangen wiederholt und man befürchtet in Kolonialamte, daß, wenn demselben nicht schleunig Folge gegeben wird, seine Truppen von der ungeheuren Streitmacht der Eingeborenen, die sich ansammelt, überwältigt werden könnten. Zur Stunde hat die Regierung noch keine Nachrichten von dem Ausbruche der Feindseligkeiten, doch ist sie auf deren Eintreffen vorbereitet, und da keine telegraphische Verbindung mit dem Kap besteht, so ist es immerhin möglich, daß der Kampf schon begonnen hat.

Provinzielles.

Stettin, 21. November. Zu Ehren der heutigen Geburtstagsfeier Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Frau Kronprinzessin sind heute die öffentlichen, verschiedene Privatgebäude und die im Hafen liegenden Schiffe festlich beflaggt.

— In der gestrigen sehr stark besuchten Vorversammlung zur Stadtverordnetenwahl 3. Abtheilung 5. Wahlbezirk wurden die Herren Kaufmann Joh. Karl Hildebrand und Justizrath Küchendahl einstimmig als Kandidaten der Bürgerpartei gewählt.

— Herr Kaufmann Joh. Carl Hildebrand hat an die „Neue Stettiner Zeitung" ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Bestrebungen der neuen Mittelpartei auseinandersetzt. Da dasselbe von allgemeinem Interesse ist, theilen wir auch unsern Lesern dasselbe mit. Es lautet:

„Bei Stiftung der Vereinigung vermittelnder kommunaler Wähler schien es jedem Mitgliede, also auch mir, fast unglaublich, daß unser Bestreben: Eintracht und Frieden in der Stadtverordneten-Versammlung, wie in der Bürgerschaft wieder herstellen zu helfen, irgend welches Hinderniß erfahren würde, vielmehr nahmen wir an, daß unsere Absicht allgemeine Zustimmung in der Stadt finden würde. Nichtsdestoweniger üben Sie in Ihren Abendzeitungen vom 18. und 19. d. M. über die Tendenzen der Vereinigung, deren Ausschußmitglieder und einiger anderer Mitglieder eine Kritik, die nicht dazu angethan ist, dem Versöhnungswerk, wie ganz besonders von der Presse erwartet wurde, zur Hülfe zu kommen. Wenn Sie zunächst meinen, daß der Ton kollegialer Achtung und sachlicher Unbefangenheit seit dem Tode des früheren Stadtverordneten-Vorstehers fast immer in der Stadtverordneten-Versammlung geübt sei, und dieser Vorwurf des Einladungsschreibens zur Vorversammlung vom 17. d. M. daher nur in beschränktem Maße zuträfe, so gestatte ich mir darauf zu erwidern, daß Ausrufe in der Stadtverordneten-Versammlung, wie: „Lügen", „Unwahrheiten", nicht nach Mäßigung in der Ausdrucksweise klingen, und eine gegenseitige Achtung nicht voraussetzen lassen. Auch Injurienklagen, die aus der Stadtverordneten-Versammlung hervorgegangen, lassen auf eine Mäßigung der persönlichen Begegnung nicht schließen. Und wenn derartige Dinge passiren, wie soll sodann die sachliche Beurtheilung allgemeine Wurzel schlagen? — Wenn dennoch bei diesen Thatsachen ein hervorragendes, durch seine strenge Sachlichkeit bekanntes Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung in einem Briefe an Sie noch meint, daß der Vorschlag mehrerer geachteter Bürger von der irrigen Ansicht ausgeht, daß zwei prinzipiell verschiedene Parteien in der Stadtverordneten-Versammlung sich befehden, so weiß ich nicht, was ich darüber denken oder sagen soll. Es mag dahingestellt sein, wer den Kampf begonnen, wer öfter Recht gehabt, mit welchen Waffen gekämpft worden ist (alte Sachen mag ich nicht aufrühren), — die nackte Wahrheit bleibt aber die, daß dergleichen Vorfälle in solcher Weise nicht in der Stadtverordneten-Versammlung hätten abgespielt werden dürfen. Das sind keine Zeichen besonderer kollegialer Achtung und verschaffen einer Stadt wie Stettin nach außen hin kein besonderes Ansehen. Bei solchen Vorkommnissen ist der gute Wille der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung: alle kommunalen Angelegenheiten sachlich und zum Interesse der Stadt dennoch erledigen wollen — außerordentlich und recht sehr anzuerkennen, — dessen Ausführung bleibt aber bei derartig geführten subjektiven Kriegen mehr oder weniger Illusion. Wenn nun die Vereinigung vermittelnder kommunaler Wähler dahin strebte, zu Stadtverordneten ganz neue Kräfte in Vorschlag zu bringen, so war ihr, meines Erachtens, daraus durchaus gar kein Vorwurf zu machen, denn durch solche Umwandlung des Stadtverordnetenkörpers war die beste Heilung zu erhoffen. Nichtsdestoweniger aber waren die Leiter der Versammlung der Vereinigung vermittelnder kommunaler Wähler nicht so eigenwillig, darauf zu bestehen, sondern sie gingen auf die Vermittelungsvorschläge der Versammlung bereitwillig und gern ein. Von den bisherigen Stadtverordneten wurden vorgeschlagen: Herr Rentier Siebner, der die gehörige Unterstützung hatte und als Kandidat der Vereinigung hervorging, und einige andere, die aber bei der Abstimmung die erforderliche Stimmen-Majorität nicht erhielten. Wie Sie nun aber diese friedliche Vereinigung mit der Mittelpartei für die letzte Reichstagswahl in Verbindung bringen können, ist mir ganz unverständlich. Man kann meines Erachtens selbst bei den schroffsten Gegensätzen in politischer und vielen anderen Beziehungen dennoch die Qualifikation zum Stadtverordneten besitzen! — In kommunaler Beziehung kenne ich überhaupt keine Parteien, — keine Fraktionen — kein Parteiwesen — keinen Parteihaß — keine Isolirung der Personen und Bestrebungen, sondern nur eine allgemeine Verbindung auf dem geradesten und direktesten Wege das allgemeine Wohl der Stadt zu fördern. Von den vorgeschlagenen Kandidaten der Vereinigung mag allerdings so mancher noch kein kommunales Amt verwaltet haben, — dieser Vorwurf ist zu ertragen. — Viele sind aber darunter, die seit Jahren schon der Stadt dienen. Wenn die gute Absicht nicht die genügende Unterstützung in der Bürgerschaft findet, so habe ich mich um den kommunalen Frieden zwar vergeblich, doch ohne jegliches Sonterinteresse bemüht, ich hoffe, daß dieses aufrichtig und ehrlich gemeinte Bestreben mich vor ferneren persönlichen Angriffen schützen wird. Ich bitte ergebenst, diesen meinen Brief als Erwiderung auf Ihre Auslassungen geneigtest in Ihr Blatt aufzunehmen, und benutze die Gelegenheit, Ihnen meine Hochachtung auszudrücken.

Joh. Carl Hildebrand.

Die „Neue Stettiner Zeitung" gesteht ihrerseits zu, daß Ausrufe, wie „Lügen", „Unwahrheiten" von der Majorität der Stadtverordneten wiederholt gefallen, sie tröstet sich indessen damit, daß diese Ausrufe nur Herr R. Graßmann zu hören bekam. Letzteres ist nicht einmal richtig, da auch beispielsweise Herr Pieſt oft ähnlichen Dingen ausgesetzt war. Zu bewundern ist aber jener rücksichtslose Cynismus, mit dem die „Neue Stettiner Zeitung" eine solche Behandlung, wenn sie nur einen ihrer Gegner trifft, ganz in der Ordnung zu halten scheint.

— Die Deputation des Berliner Stadtgerichts für Kredit- und Nachlaßsachen hat am 14. d. den über das Vermögen des Wein-Großhändlers Ferdinand Wutsdorf in Folge seiner Beziehungen zur Pommerschen Ritterschaftlichen Privatbank eröffneten Konkurs nach erfolgter Einwilligung sämmtlicher Gläubiger aufgehoben.

— Der Dieb, welcher am 11. d. M. Junkerstraße 12 bei dem Bäckermeister Schmook einen Diebstahl verübt und dem Gesellen, Lehrling und Hausknecht verschiedene Gegenstände gestohlen, ist gestern in der Person des früher bei Schmook in Arbeit gestandenen Bäckergesellen Otto Heinrich Emil Lenz aus Callies ermittelt und zur Haft gebracht.

— Der Schuhmacher Alexander Minohr gerieth gestern mit seinem bei ihm lernenden 18jährigen Sohn Alfred wegen Auslieferung einer Arbeit in Streit, bei welchem Letzterer ein Messer erfaßte und seinem Vater einen Stich in den linken Oberarm versetzte und sich selbst eine Stichwunde in die Brustseite beibrachte. Beide Wunden sind nicht gefährlich. Der Sohn ist verhaftet, da der Vater den Strafantrag gestellt.

Gollnow, 20. November. Der Thierarzt Harrenburg hier ist augenblicklich im Besitz einer seltenen Mißgeburt von einem Schwein. Diese Mißgeburt, ungefähr von der Länge eines Fußes, hat oben vor der Stirnhaut einen Rüssel, gut einen Finger dick und lang, an der Spitze desselben befinden sich Saugwarzen; in der Mitte des Kopfes, von dem Rüssel verdeckt, sitzt ein Auge von der Größe eines 50-Pfennigstücks; die Nase ist blos angedeutet und das Maul steht vor, wie bei den Affen; die übrigen Körpertheile sind normal. — Herr Harrenburg wird dieses Monstrum der Thierarzneischule einschicken.

Vermischtes.

— Oesterreichische Reservisten-Anekdoten. In den Laden eines Fleischers in Großwardein trat ein aus Bosnien heimgekehrter Reservist mit der Frage: „Was kostet eine Wurst, die von einem meiner Ohren bis zum andern reicht?" — „Fünfzig Kreuzer", war die Antwort des Fleischers. Der Soldat suchte das Geld zusammen, legte es vor den Fleischer hin und indem er sich im Laden umsah, erklärte er: „Schickt mir nur gleich Euren ganzen Wurstvorrath in meine Wohnung und macht dann noch einige Wochen lang recht fleißig für mich Würste, denn eines meiner Ohren habe ich hier am Kopfe, das andere aber liegt bei Tuzka, wo ein verfluchter Bosniake mir es abgeschnitten hat; Ihr müßt mir daher für funfzig Kreuzer so viel Würste liefern, daß sie von Großwardein bis Tuzla reichen!" Der Fleischer konnte die pfiffige Kundschaft nur mit Mühe loswerden. — In Fünfkirchen wurde ein heimgekehrter Reservist von seiner Familie freudig empfangen; seine Angehörigen erschöpften sich in den verschiedensten Bemühungen, ihn seine Strapazen sobald als möglich vergessen zu machen. Natürlich wartete seiner beim Schlafengehen auch ein gutes Bett, doch war er nicht im Stande, darin einzuschlafen. Nachdem er sich lange in den Federn herumgewälzt hatte, ohne einschlafen zu können, fand er endlich das richtige Mittel. Er stieg aus dem Bette, legte sich auf den Fußboden und fünf Minuten später lag er im tiefsten Schlaf.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 20. November. Der Kaiser begab sich heute Mittag nach dem Bahnhofe und kehrte mit der Kaiserin, welche um 12 Uhr daselbst eingetroffen war, nach dem königlichen Schlosse zurück. Zu der heutigen Mittagstafel sind Einladungen an die sich hier aufhaltenden Fürstlichkeiten ergangen. Die Kaiserin kehrt Abends 6 Uhr nach Koblenz zurück.

Gestern wohnte der Kaiser der Vorstellung im Hoftheater bei, in welcher der Hofschauspieler Junkermann aus Stuttgart nochmals gastirte. Zu der gestrigen Tafel hatte eine größere Anzahl höherer Offiziere Einladungen erhalten.

Dresden, 20. November. Die hiesige Polizeidirektion hat auf Grund des § 16 des Sozialistengesetzes das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung sozialistischer Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge verboten.

Darmstadt, 20. November. Die Besserung in dem Befinden des Großherzogs macht langsame Fortschritte, ebenso die des Befindens der Prinzessin Irene.

Wien, 20. November. Das „Armee-Verordnungsblatt" veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Feldzeugmeister Philippovic vom 18. d. M., worin der Kaiser die beantragte Aufhebung des zweiten Armeekommandos genehmigt und den FZM. Philippovic auf seine Bitte und unter dem Ausdrucke wohlverdienten Dankes und vollster Anerkennung auf den ihm vorbehaltenen Posten eines kommandirenden Generals in Prag zurückversetzt. Ferner hat der Kaiser den Herzog von Würtemberg zum kommandirenden General und Chef der Landesregierung in Bosnien und der Herzegowina und den Baron Jovanovic zu dessen Stellvertreter ernannt.

Wien, 20. November. Die „Pol. Corresp." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel von gestern: In Folge der stetigen Zunahme des Aufstandes in Macedonien hat der Seraskier den Kommandanten des 3. Armeekorps in Monastir, Chefket Pascha, telegraphisch angewiesen, unverzüglich energisch die Operation gegen die Insurgenten zu beginnen und sich behufs eines kombinirten Vorgehens mit dem Korpskommandanten in Salonichi, Salih Pascha, zu verständigen.

Aus Bukarest von heute: Der diplomatische Vertreter Englands hat der rumänischen Regierung gegenüber geäußert, seine Regierung müsse den Abschluß einer neuen Konvention zwischen Rumänien und Rußland nicht nur lebhaft bedauern, sondern auch als Grund ansehen, ihr Interesse von Rumänien abzuwenden und dasselbe seinem Schicksale zu überlassen.

Rom, 20. November. Kaiser Alexander hat den russischen Botschafter Baron Uxkull beauftragt, ihm täglich Nachricht über das Befinden des Königs Humbert nach Livadia zu senden. Heute Morgen fand in der Kapelle der russischen Botschaft anläßlich der glücklichen Errettung des Königs von Italien ein Dankgottesdienst statt. Die Manifestationen gegen das Attentat, sowie gegen die Internationalisten dauern fort.
